

# Dokumente zum Zeitgeschehen

## „Non“ und „Nee“: EU-Verfassung vor dem Aus

*Binnen eines Monats erlebte der europäische Verfassungsgebungsprozess eine historische Wende. Nachdem der Deutsche Bundestag am 12. Mai d.J. dem Vertrag über die Europäische Verfassung noch mit überwältigender Mehrheit zugestimmt hatte (569 Ja- gegenüber 23 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen), entschieden sich am 29. Mai bei der Volksabstimmung in Frankreich knapp 55 Prozent der Franzosen gegen den Vertrag. Dem schlossen sich am 1. Juni die Niederlande mit großer Mehrheit an; 61,6 Prozent votierten mit „Nee“. Damit haben zwei der sechs Gründungsmitglieder der EU den Verfassungsvertrag abgelehnt. Wenige Tage nach dem niederländischen Votum sprach sich der britische Premierminister Tony Blair für eine Aussetzung des Ratifizierungsprozesses aus.*

*Wir dokumentieren die unmittelbaren Reaktionen der Staatshäupter der beteiligten Länder wie der Verantwortlichen in der EU. – D. Red.*

### **„Europa braucht diese Verfassung.“ Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 12. Mai 2005 (Auszüge)**

Meine Damen und Herren, mit der Kennzeichnung „historisch“ sollten wir einen sparsamen, einen vernünftigen Umgang pflegen. Aber die Verfassung der Europäischen Union, über die wir heute zu beschließen haben, verdient dieses große Wort. Sie ist, wie könnte es anders sein, nur Menschenwerk. Sie erfüllt naturgemäß nicht alle Hoffnungen, und sie bannt nicht alle Ängste. Der Verfassungstext ist aber ein sehr guter und fairer Kompromiss, in harter Arbeit vom Konvent formuliert, unter der umsichtigen Leitung von Valéry Giscard d'Estaing.

[...]

Durch die Verfassung wird die Europäische Union entscheidungsfähiger und zugleich politisch führbar bleiben. Durch die Verfassung wird die Europäische Union demokratischer, auch bürgernäher. Das Europäische Parlament wird gestärkt und erhält mehr Mitwirkungsrechte. Die nationalen Parlamente erhalten zusätzliche Informations- und Kontrollrechte. Die Bundesregierung ist bereit, dem auch in einer Vereinbarung mit dem Deutschen Bundestag Rechnung zu tragen.

Die Zuständigkeiten zwischen der nationalen und der europäischen Ebene werden in der europäischen Verfassung klarer getrennt. Und die Verfassung trägt mit dem Entscheidungsmodus der doppelten Mehrheit dem urdemokratischen Prinzip „Ein Bürger, eine Stimme“ wirklich Rechnung. Deshalb kann es auch insoweit keinen Zweifel geben: Wer in Europa mehr Demokratie will, der muss für diese Verfassung stimmen.

### **„Frankreich hat demokratisch entschieden.“ Erklärung von Staatspräsident Jacques Chirac nach dem Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag, 30. Mai 2005 (Wortlaut)**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger im Mutterland, in Übersee und im Ausland,

Frankreich hat demokratisch entschieden. Sie haben mehrheitlich den europäischen Verfassungsvertrag abgelehnt. Ich nehme dies zur Kenntnis.

Dennoch sind unsere Interessen und Ziele tiefgreifend mit Europa verknüpft. Frankreich, ein Gründungsland der Union, bleibt natürlich in der Union.

Ich möchte Ihnen, unseren europäischen Partnern und allen Völkern Europas sagen, dass Frankreich darin weiterhin seinen Platz einnehmen und seine Verpflichtungen einhalten wird. Darauf werde ich achten.

Derzeit laufen Ratifizierungsverfahren in allen Ländern der Union. Neun Länder haben bereits mit Ja gestimmt. Unsere anderen Partner werden noch abstimmen. Bis dahin wird die Europäische Union auf der Grundlage der bestehenden Verträge weiterarbeiten.

Vor uns liegen wichtige Termine. Am 16. Juni trifft sich der Europäische Rat in Brüssel. Ich werde dort die Positionen unseres Landes vertreten und dabei die Botschaft der Französinen und Franzosen berücksichtigen.

Aber machen wir uns nichts vor, die Entscheidung der Franzosen schafft unweigerlich einen schwierigen Kontext für die Verteidigung unserer Interessen in Europa. Wir müssen darauf reagieren und uns dazu auf ein Erfordernis konzentrieren, nämlich das nationale Interesse.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
in dieser Debatte haben Sie auch Ihre Sorgen und Erwartungen zum Ausdruck gebracht. Ich werde darauf eingehen und dem Regierungshandeln einen neuen und starken Impuls geben.

**„Wir nehmen das zur Kenntnis.“ Gemeinsame Erklärung des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Josep Borrell Fontelles, des Präsidenten des Europäischen Rats, Jean-Claude Juncker, und des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, vom 29. Mai 2005 (Wortlaut)**

Die französischen Wähler haben heute, am Sonntag den 29. Mai, entschieden, Nein zur Europäischen Verfassung zu sagen. Wir nehmen das zur Kenntnis.

Wir bedauern diese Wahl, die von einem Mitgliedstaat getroffen wurde, der in den letzten 50 Jahren einer der Motoren für unsere gemeinsame Zukunft war.

Wir akzeptieren die demokratische Entscheidung, die nach intensiver Debatte getroffen wurde. Das Ergebnis des französischen Referendums bedarf einer tiefen Analyse zunächst auf Seiten der französischen Regierung. Die europäischen Institutionen der Europäischen Union sollten ihrerseits über die Ergebnisse des gemeinsamen Ratifizierungsprozesse nachdenken.

Es ist wichtig sich daran zu erinnern, dass neun Mitgliedstaaten, die nahezu die Hälfte (49 Prozent) der europäischen Bevölkerung repräsentieren, die Europäische Verfassung bereits ratifiziert haben – in einem Fall auf der Basis eines breiten positiven Referendums. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten hatte bisher noch nicht die Möglichkeit, den Ratifizierungsprozess abzuschließen.

Der Tenor der Debatte in Frankreich und das Ergebnis des Referendums bestärken uns in unserer Auffassung, dass nationale und europäische Politiker verstärkt erklären müssen, was auf dem Spiel steht und auf welche Fragen nur Europa Antworten geben kann. Wir glauben weiterhin, dass Antworten auf der europäischen Ebene die besten und effektivsten in Anbetracht der globalen Entwicklung bleiben.

Wir müssen uns fragen, wie jeder von uns – nationale Regierungen, europäische Institutionen, politische Parteien, soziale Partner, die Zivilgesellschaft – dazu beitragen können, dieses Projekt zu unterstützen, das ohne seine Bürger keine eigene Legitimation besitzt.

Die Weiterentwicklung Europas ist, aus der Natur der Sache heraus, komplex. Europa hat bereits schwierige Momente durchlebt: Jedes Mal ist es gestärkt aus diesen Situationen hervorgegangen, stärker als vorher und bereit, sich den Herausforderungen und der Verantwortung zu stellen. Heute geht Europa weiter, und seine Institutionen funktionieren vollständig. Wir sind uns der Schwierigkeiten bewusst, aber wir haben Vertrauen, dass wir Wege finden werden, die Europäische Union vorwärts zu führen. Wir sind entschlossen, gemeinsam hierzu beizutragen.

**„Wir respektieren diese Entscheidung.“ Erklärung von Josep Borrell Fontelles, Jean-Claude Juncker und José Manuel Barroso, vom 1. Juni 2005 (Wortlaut)**

Die Bürger der Niederlande haben sich wie die Franzosen gegen eine Ratifizierung des Verfassungsvertrags ausgesprochen.

Wir respektieren diese Entscheidung. Das nach einer umfassenden und intensiven Debatte zustande gekommene Ergebnis dieser demokratischen Abstimmung verdient eine gründliche Analyse. Diese kann nicht von heute auf morgen erfolgen.

Es ist und bleibt unsere Überzeugung, dass der Verfassungsvertrag die Europäische Union demokratischer, effizienter und stärker macht, und dass alle Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben müssen, sich zu dem Entwurf des Verfassungsvertrages zu äußern.

Neben den vierzehn Mitgliedstaaten, die noch nicht die Gelegenheit hatten, das Ratifizierungsverfahren abzuschließen, haben neun weitere den Vertrag bereits ratifiziert, und zwei haben ihn abgelehnt. Daher hat die Präsidentschaft beschlossen, dass sich der Europäische Rat auf seiner Tagung am kommenden 16. und 17. Juni eingehend mit der Lage befasst.

Wir haben auch die Botschaft der französischen und niederländischen Bürger zum europäischen Einigungsprojekt vernommen, und wir werden ihr große Beachtung schenken. Die europäischen Organe werden die Anliegen der Bürger ernst nehmen und ihr Bestes geben, ihnen gerecht zu werden.

Wir sind zuversichtlich, dass wir – nationale Regierungen, europäische Organe, politische Parteien, Sozialpartner und Zivilgesellschaft – gemeinsam und partnerschaftlich Wege finden werden, das europäische Einigungswerk auf der Grundlage eines breiten Konsenses in Bezug auf seine Identität, seine Ziele und seine Mittel voranzubringen. Denn Europa besteht fort, und seine Organe bleiben uneingeschränkt handlungsfähig.

**„Der Ratifikationsprozess muss weitergehen.“ Erklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Ausgang des niederländischen Referendums über die Europäische Verfassung vom 1. Juni 2005 (Wortlaut)**

Ich nehme den Ausgang des Referendums in den Niederlanden mit Respekt, aber auch mit großem Bedauern zur Kenntnis. Ich bin weiterhin überzeugt, dass wir die Verfassung brauchen, wenn wir ein demokratisches, soziales und starkes Europa wollen.

Der Ratifikationsprozess muss weitergehen. Um der Sache willen, aber auch aus Respekt. Aus Respekt einerseits vor den neun Mitgliedstaaten, die bereits ratifiziert haben, und andererseits vor den Mitgliedstaaten, die die Ratifizierung noch vor sich haben. Jeder Mitgliedstaat hat das Recht – und die Pflicht – sein eigenes Votum abzugeben.

Die Krise um die Ratifizierung der Europäischen Verfassung darf nicht zur allgemeinen Krise Europas werden. Wir brauchen jetzt ein klares Bekenntnis zu den Zielen und Prinzipien der europäischen Einigung. Sie ist das Fundament für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Dazu gibt es keine vernünftige Alternative. Gleichwohl müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass viele Europäerinnen und Europäer Zweifel daran haben, ob Europa in der Lage ist, Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit zu geben. Ich teile diese Bewertung nicht, aber wir müssen die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen. Hierüber werden wir uns intensiv mit unseren europäischen Partnern austauschen. Gelegenheit hierzu wird der Europäische Rat am 16./17. Juni bieten.

**„Eröffnen wir neue Perspektiven, wie die Steuerharmonisierung oder die Union mit Deutschland.“ Regierungserklärung des neuen französischen Premierministers Dominique de Villepin vor der Nationalversammlung vom 8. Juni 2005 (Auszüge)**

Ich spreche zu einer außergewöhnlichen Zeit für unser Land zu Ihnen, zu einer Zeit, in der die französischen Bürgerinnen und Bürger ihr Leid, ihre Ungeduld, ihre Wut zum Ausdruck bringen.

[...]

Vor einigen Tagen haben die Französinen und Franzosen den Verfassungsvertrag abgelehnt. Diese Abstimmung, davon bin ich überzeugt, bedeutet nicht, dass Frankreich in zwei Lager gespalten ist: Unser Land setzt sich weiterhin als Ganzes für das europäische Aufbauwerk ein und weiß, dass sich sein Schicksal von nun an auf der Ebene des Kontinents abspielt.

Wir dürfen diese Abstimmung nicht als ein Zeichen für eine Isolierung Frankreichs interpretieren. Für manche Mitgliedstaaten ging der Verfassungsentwurf ausreichend auf ihre Erwartungen ein, für andere nicht. Die Bürgerinnen und Bürger Frankreichs stellen sich Fragen. Sie wollen das Gleichgewicht zwischen Solidarität und Freiheit bewahren und dabei ihrer Identität treu bleiben. Sie wollen die Vertretung der Interessen unserer Nation und Europas, die Verbreitung unseres Sozialmodells und das europäische Aufbauwerk miteinander vereinbaren. Sie vertreten ein bestimmtes Menschenbild mit seinen Rechten und Pflichten und lehnen eine reine Orientierung an den Märkten und an der Globalisierung ab. Die französischen Bürgerinnen und Bürger wissen es und sagen es laut und deutlich: Die Globalisierung ist kein Ideal, sie kann nicht unser Schicksal sein. Sie erwarten von uns, dass wir unsere Werte unter Beweis stellen. Die Überzeugungen, die wir von 1789 geerbt haben, zeugen von Größe und Wahrheit. Ja, Frankreich will eine lebendige Erfahrung bleiben. Ja, Frankreich will an vorderster Front bleiben. Ja, Frankreich will sich mit Entschlossenheit der Zukunft zuwenden.

[...]

Ich sage es hier laut und deutlich: Das Gründungsland Frankreich wird den ihm gebührenden Platz in der Union einnehmen. Es wird sich an seine Verpflichtungen halten. Es wird das europäische Abenteuer weiter voranbringen.

Europa wurde auf Wirtschaft und Pragmatismus aufgebaut. Inzwischen verlangen die Völker mehr Menschlichkeit und einen größeren Schutz: mehr Sicherheit bei ihrer Arbeit, mehr Aufmerksamkeit in Sachen Umwelt, einen größeren Einsatz für die Werte Respekt und Chancengleichheit. Der Sinn Europas liegt in seinen Werten. Er entsteht nicht alleine durch die Kraft der Märkte.

Niemand kann verstehen, dass Europa sich nicht mehr Mittel gibt, um seine Wirtschaft, seinen Reichtum und seine Beschäftigung zu verteidigen. Niemand kann verstehen, dass es nicht mehr Nutzen zieht aus den Instrumenten, die es sich gegeben hat, wie zum Beispiel den Euro. Wir haben eine starke Währung. Geben wir uns auch eine starke Wirtschaftspolitik. Geben wir uns die Mittel, eine Präferenz für Europa zu verteidigen, wie es auch die anderen großen Wirtschaftsmächte tun. Eröffnen wir neue Perspektiven, wie die Steuerharmonisierung oder die Union mit Deutschland in Bereichen, die wir gemeinsam definieren.

Die Französinen und Franzosen haben keine Angst vor Europa, sie wollen die Regeln kennen und bei deren Aufstellung mitwirken. Sie wollen nicht ins Abseits gestellt werden bei Entscheidungen, die ihr tägliches Leben betreffen. Ich denke hier vor allem an die Landwirte, an all diejenigen, die von unserer Erde leben und die nun strenge Richtlinien auferlegt bekommen. Ja, sie erhalten Hilfe. Ja, die gemeinsame Agrarpolitik ist ein bedeutender Trumpf für unser Land. Aber die Hilfen ersetzen nicht das Gefühl der Würde oder die Entlohnung ihrer Mühe.

Die Französinen und Franzosen haben keine Angst vor Europa. Sie wollen nur wissen, in welche Richtung es geht. Die schnelle Erweiterung unseres Kontinents hat unsere Mitbürger überrascht. Sie verstehen die Rechtmäßigkeit und die geschichtliche Notwendigkeit der Erweiterung, aber sie fürchten die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen. Geben wir uns die Zeit, uns besser kennen zu lernen und gemeinsam mit den neuen Mitgliedstaaten aufzubauen.

Innerhalb von 60 Jahren hat Europa eine Alternative zu Krieg und zu Machtkämpfen entwickelt. Heute muss es eine Alternative zu einer Welt erfinden, die von der Verteidigung der Interessen Einzelner und dem Gesetz des Stärkeren dominiert wird. Das Abenteuer ist nicht zu Ende. Unser europäischer Traum wird durch diese Prüfungen gestärkt.